

Einkommensrunde mit Bund und Kommunen 2025

Regionalkonferenzen beendet – der dbb ist startklar

für Beamtinnen
und Beamte

Die zahlreichen, bundesweiten Regionalkonferenzen der letzten Wochen haben Anfang Oktober ihren Abschluss gefunden. Wir haben uns mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen intensiv ausgetauscht und dabei die Wünsche und Erwartungen entgegengenommen und diskutiert. Diese werden wir bei der nun anstehenden und abschließenden Forderungsfindung am 9. Oktober 2024 in Berlin berücksichtigen.

Zentrale Forderungen der Bundesbeamtinnen und -beamten

Bei den Regionalkonferenzen wurde der Wunsch sehr deutlich, dass die Einkommensrunde 2025 mit dem Bund vorrangig durch eine deutliche lineare Forderung geprägt sein sollte. Ganz zentral geht es den Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten um den Ausgleich der erheblichen Kaufkraftverluste und die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Ebenso ist jedoch absehbar, dass auch Aspekte rund um die Arbeitszeit eine Rolle spielen werden. Dies betrifft mit absoluter Priorität die Dringlichkeit der Rückführung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte und darüber hinaus Modelle zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und Ausweitung von Zeitsouveränität.



30. September 2024, Berlin



30. September 2024, Berlin

„Für alle Bundesbeamtinnen und -beamten ist es neben Einkommensaspekten von erheblicher Relevanz, dass die längst überfällige Rückführung der Sonderbelastung bei der wöchentlichen Arbeitszeit konkret angegangen wird“, betonte Waldemar Dombrowski, Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb. „Es darf nicht erneut dabei bleiben, das Anliegen der Arbeitszeit weiterhin auf die lange Bank zu schieben. Die Dienstherren müssen deshalb endlich ihre – seit mehr als 18 Jahren praktizierte Hinhaltenaktik – beenden! Ansonsten wird der Vertrauensverlust nach größer werden.“

Bei der Forderungsfindung am 9. Oktober 2024 in Berlin werden wir genau diese Punkte aufgreifen. Die Bundesbeamtengewerkschaften haben sich bereits darauf verständigt, eine Forderung für den Bundesbeamtenbereich einzubringen. Zielsetzung ist eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung durch eine deutliche lineare Anpassung der Besoldung und Versorgung. Dies ist auch deshalb notwendig, um den Bundesdienst attraktiv zu halten.

Forderungen müssen tatkräftig zum Ausdruck gebracht werden

Angesichts der aktuellen Haushaltsentwicklung der öffentlichen Hand wird es nicht einfach werden, unsere Forderungen gegenüber Bund und Kommunen zu adressieren. Zur erfolgreichen Durchsetzung ist es deshalb unerlässlich, dass sich in den kommenden Wochen auch Beamtinnen und Beamte – auch diejenigen im Ruhestand – zahlreich an den bundesweit stattfindenden Kundgebungen und Protesten beteiligen.

Beamtinnen und Beamte haben kein Streikrecht!

Über die Rechte und Pflichten der Beamten in Einkommensrunden informiert der dbb-Flyer „Beamte und Streik“.



dbb beamtenbund und tarifunion als Organisation

Mit mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und des privatisierten Sektors, auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen ist der dbb beamtenbund und tarifunion mit seinen Organisationen flächendeckend präsent und die Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes. Der dbb beamtenbund und tarifunion ist mit seiner Bundesorganisation, den Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften die originäre Vertretung für alle Beamteninteressen.

Mitglied werden – Wir für Euch!

Weitere Informationen für Beamtinnen und Beamte finden Sie auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion unter: www.dbb.de/beamtinnen-beamte



24. September 2024, Nürnberg



24. September 2024, Nürnberg



24. September 2024, Nürnberg



24. September 2024, Mannheim